

RESOLUTIONSVOSCHLAG DOK. 160

Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Ein Resolutionsvorschlag der SP Fraktion bezüglich der Förderung von Investitionen in Fotovoltaik und zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen.

Nun, das hört sich ganz nett an!

Wahrscheinlich, haben zahlreiche erboste Bürger beim Bürgerbüro der SP angerufen und ihrem Kummer und ihrem Frust zu Recht Luft gemacht, bezüglich der angekündigten Änderungen der Subventionierung und der Regelung der grünen Zertifikate bei Photovoltaikanlagen.

Ja, da ist sicherlich einiges falsch gelaufen, manches ist vielleicht sogar bewusst falsch kommuniziert worden, und die Bürger welche ihr Geld in solche Anlagen gesteckt haben waren verunsichert.

Dass die SP Fraktion jetzt solch eine Resolution einreicht hat natürlich im Wesentlichen mit Gründen des Wahlkampfes zu tun – dann kann man den Leuten sagen, wie sie sich doch bemühen die Sache in Ordnung zu bringen.

Nach dem Motto: Keine Angst wir regeln das schon.

Nun, es gibt wahrlich einiges zu regeln – nur wie sagte es Einstein so schön: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Hierzu der Hintergrund.

Aufgrund von EU Vorgaben, haben sich der Föderalstaat und auch die Regionen in Belgien dazu verpflichtet mehr und mehr Investitionen in Erneuerbare Energie zu tätigen. Jüngst wurde Belgien diesbezüglich nochmals angemahnt, so auch in den letzten Empfehlung der EU Kommission.

Wir sind für die Investition in Erneuerbare Energie,
und für eine klare und gut strukturierte Energiewende.

Weg vom Atomstrom hin zu einer dezentralen Versorgung von kleineren Einheiten.
Und hier spielen die Erneuerbaren Energien, wie Wind, Wasser, Sonne und bedingt auch Biomasse eine wichtige Rolle.

Wobei es gerade im dezentralen Energiebereich, zahlreiche Forschungen und Entwicklungen gibt von anderer zusätzlichen Formen der Energieerzeugung, welche leider keinerlei öffentliche Beachtung finden, obwohl diese eine Alternative sein könnten. Vielleicht finden wir zu einem späteren Zeitpunkt die Gelegenheit mal hierüber zu reden.

Und wie sagt man so schön:

Bevor uns das Licht ganz ausgeht, so wie viele Atomkraftbefürworter es gerne als Warnung ausrufen, sollte uns erst einmal ein Licht aufgehen!

Aber die Energie-Wende, und die Investitionen in EE sollten immer und in erster Linie, im Einklang mit der Natur geschehen.

Nicht unverantwortlich und nicht um jeden Preis.

RESOLUTIONSVOSCHLAG DOK. 160

In den letzten Jahren konnte man in der wallonischen Region mit ansehen, wie es eigentlich nicht funktionieren sollte.

Der Druck der EU, hatte vor einigen Jahren zu einem Subventionsdrang geführt.

Zur Erinnerung:

Belgien und die Wallonische Region haben die Energiewende jahrelang verschlafen. Politische Fehlentscheidungen, jahrelanger Lobbyismus der Energiekonzerne auch schon immer durch die SP getragen und befürwortet haben dazu geführt, dass wir immer noch ein Großteil unserer Stromproduktion aus völlig veralteten Kernkraftwerken beziehen.

Und irgendwann sollte der Bürger es dann richten – indem man zahlreiche Subventionsprojekte ins Leben gerufen hat – welche nicht immer vernünftig waren. Photovoltaikanlagen wurde anfangs sehr hoch bezuschusst –

Irgendwann ging das Geld dann aus, die Notbremse wurde gezogen und man konnte alte Versprechungen nicht mehr einhalten.

Denn wenn man es genau betrachtet, hat die Energiepolitik der Wallonischen Region zu zahlreichen Irrläufen und Fehlentwicklungen geführt, welche nichts mit dem eigentlichen Ziel mehr zu tun haben, und das schlimmste ist, trotz riesiger Investitionen, trotz jahrelanger politischer Debatten, haben wir immer noch Oldtimer-Kernkraftwerke, welche Tag für Tag eine Gefahr bilden und Müll erzeugen welcher über Jahrhunderte strahlen wird.

In manchen Bereichen, gab es Fehl-Entwicklungen wo man echt mit dem Kopf schütteln muss.

So z.B. bei der Biomasse - Holz-Pellets wurden aus Kanada importiert.

Wertvolles Bau-Holz, wurde in alten Kohlekraftwerken verfeuert, und dafür erhielten die Betreiber auch noch grüne Zertifikate –

Auch in unseren Breitengraden, gab es solche Anlage in der Planung!

Damit dies verständlich ist, wir befürworten ausdrücklich Photovoltaikanlagen auf Dächern, und können die zahlreichen erbosten Bürger gut verstehen!

Aber wir sollten eins nie vergessen, jede gute Idee, jede gute Lösung wird in dem heutigen Finanz- und Wirtschaftssystem Missbrauch hervorrufen.

Das System fordert Rendite, und da schaut man nicht auf die Umwelt.

Wenn uns wirklich etwas daran liegt,

dass sich etwas auf dem Energiemarkt tut, und dass dies im Einklang mit Mensch und Natur auch gelingt, dann müssen wir uns ernsthaft mit dem Finanz – und Wirtschaftssystem auseinandersetzen. Alles andere ist Augenschere.

Und das ist bisher hier noch nicht der Fall gewesen.

Man tut nur so als ob... und hält sich daran fest, dass das nicht zum Auftrag des DG Parlaments gehört!

Wir und alle Bürger müssen wohl mit den Auswirkungen zurechtkommen.

Wenn wir weiterhin das Wohlergehen der Menschen vom Wirtschaftswachstum abhängig machen, und es sieht heute noch nicht danach aus, dass eine Bereitschaft einer Änderung dieses Systems in Erwägung gezogen wird, dann müssen wir uns mit solchen Dokumenten befassen.

Meine Damen und Herren,

der Titel der Resolution endet mit dem Satz:
„...zu treffende Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen.“

Meine Damen und Herren,
seit Jahrzehnten sind die Sozialisten in der Wallonischen Region an der Regierung, ja eigentlich seitdem es die Wallonische Region gibt!
Seit Jahrzehnten ist die PS Mitglied der Föderalregierung!

Jetzt so zu tun – als ob Sie sich einsetzen würden für Maßnahmen gegen die zunehmende Verteuerung der Stromrechnungen ist schon allerhand!
Was hat die PS eigentlich in den letzten Jahrzehnten in diesem Bereich gemacht?
Eins ist sicher auch durch Ihre Duldung des Lobbyismus der Energiekonzerne haben Sie dafür gesorgt, dass der Strom so teuer ist wie er ist – und die Atomkraftwerke laufen immer noch!

Wenn Ihnen wirklich etwas an einer Verbesserung gelegen wäre – dann würden sie weder den EU Gesetzen bindungslos zustimmen, noch das bestehende Wirtschafts- und Finanzsystem gutheißen.

Aus Gründen der Vernunft und weil wir keine politischen Spielchen unterstützen, wird Vivant sich bei diesem Dokument enthalten.

Michael Balter – Vivant Fraktion im PDG
Plenum 23.09.2013